

Jubiläum: 20 Jahre Info-Bulletin «Eltern gegen Drogen»



Sabina Geissbühler-Strupler, Grossrätin,
Präsidentin der Schweizerischen Vereinigung
Eltern gegen Drogen

Wie kam es dazu, dass Mitglieder und Gleichgesinnte 20 Jahre lang viermal jährlich in der Freizeit und ehrenamtlich ein EgD-Info-Bulletin erstellt haben? Diese Frage wird vor allem von unserer jüngeren Leserschaft zu Recht gestellt. Deshalb ist es das Ziel dieser Jubiläums-Ausgabe einerseits in die 1990er Jahre zurückzublenden, und andererseits den Einfluss unserer Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen auf die Meinungsbildung der Schweizer Bevölkerung und auf die jeweils aktuelle Drogenpolitik zu beleuchten.

Damals wurden die Schaltstellen der Medien, der Fürsorge- und Sozialämter, aber auch der Drogenpolitik von Drogenlegalisierern besetzt. Ihre Strategie war, dass der Staat jedem Einzelnen «das Recht, Drogen konsumieren zu dürfen» einräumen müsse. Damit das Ausleben der Süchte die Gesundheit der Einzelnen nicht allzu

stark beeinträchtigen könne, sollte der Staat saubere Rauschgifte wenn möglich selber anpflanzen oder einkaufen, kontrollieren und auf Rechnung der Krankenkassen abgeben. Damit die Schweizer Bevölkerung diesem Plan zustimmen würde, wurde der Drogenhandel und -konsum in den Städten ohne Intervention der Polizei so lange zugelassen, bis das Elend in den offenen Drogenszenen offensichtlich war.

Auch die Sicherheit der Bevölkerung war nicht mehr gewährleistet. Mit schauerlichem Bildmaterial von den offenen Drogenszenen versuchten die Medien, in der Bevölkerung einen Meinungsumschwung für eine Drogenliberalisierung zu erzwingen. Desinformationen über die Auswirkungen der einzelnen Suchtmittel auf die Psyche und den Körper mussten unbedingt korrigiert werden, denn es lagen hunderte von wissenschaftlichen Studienergebnissen zu Cannabis vor, welche aber von den verantwortlichen sogenannten «Suchtexperten» ignoriert wurden. Dass Cannabis die Konzentration, die Reaktion, die Leistungs-

bereitschaft und das Gedächtnis beeinträchtigt und damit oft Schul- und Lehrabbrüche nach sich ziehen kann, musste unbedingt publik gemacht werden. Dass Kiffen für den Ausbruch einer Psychose oder Schizophrenie verantwortlich sein könne, konnte schon in den 1990er Jahren in verschiedenen wissenschaftlichen Publikationen nachgelesen werden.

Die Mitglieder der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen wollten nicht mehr länger zusehen, wie unsere Kinder wegen der Verharmlosung des Kiffens zum Joint griffen und sich «russischem Roulette» gleich dem Risiko aussetzten, an einer Depression, Psychose oder Schizophrenie zu erkranken.

Auch die negativen Resultate von staatlichen Heroinabgaberversuchen in Schweden und England wurden der Schweizer Bevölkerung vorenthalten. Diese zeigten aber, dass die meisten Heroin- oder Methadonabhängigen polytoxikoman (süchtig auf ver-



Alles andere als harmlos: Cannabis Bild:ZVG

schiedene Rauschgifte) sind und somit trotz staatlicher Versorgung mit dem Rauschgift Heroin noch auf dem Schwarzmarkt anzutreffen sind. Deshalb gaben diese beiden Länder diese teuren, nicht nachhaltigen Programme wieder auf.

Da das Ziel unserer «Schweizerischen Drogenfachleute» (in diesen «Verein» wurden nur Drogenlegalisierer aufgenommen!) die Freigabe aller Drogen war und immer noch ist, wurde die Bevölkerung nur spärlich über die Folgen und vor allem die Kostenfolgen einer Verharmlosung von Suchtmitteln aufgeklärt. So wurde das Terrain zur Abstimmung betreffend staatlicher Abgabe von Rauschgiften wie Methadon und Heroin und die anschliessende Konsequenz – nämlich die Aufnahme dieser Betäubungsmittel auf die Heilmittelliste (und somit auf die von der Krankenkasse zu bezahlende Liste!) – gegebnet.

Zu dieser Zeit war ich besorgte Mutter von vier Jugendlichen. Den jungen Menschen wurde suggeriert, dass Rauschmittel zu einem coolen Lebensstil gehörten. Auch war es möglich, überall zu Drogen zu kommen, und es gab immer mehr Abhängige, welche sich jahrelang unbehelligt mit Drogen vollpumpen konnten. Denn sogar die Plakatkampagne des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) machte uns weis: «Jeder Süchtige schafft den Ausstieg», denn jeder Jugendliche hätte das Bedürfnis, Suchtmittel zu konsumieren. Dass aber jedes Suchtmittel ein Suchtpotenzial hat – Heroin und

Kokain ca. 90%, d.h. nach zwei, drei Versuchen werden 90 von 100 Menschen süchtig nach dieser Substanz – wurde verschwiegen.

Aus Unwissenheit gerieten zu dieser Zeit viele junge Menschen in die Drogen. Auch Eltern, Behördenmitglieder und Politikerinnen und Politiker waren oft betreffend Suchtmittel und deren Auswirkungen, aber auch über die vielen wissenschaftlichen Studien im Ausland, schlecht informiert. Zwar entstanden in den 90er-Jahren verschiedene Vereinigungen, die mit der Legalisierungslobby nicht einverstanden waren und gegen deren Drogenpolitik ankämpfen wollten («Gesunde Jugend», «Jugend ohne Drogen», «Eltern gegen Drogen», «Ärzte gegen Drogen», «Vereinigung ehemals Süchtiger»); was aber noch fehlte, war ein regelmässig erscheinendes Informations-Bulletin. Aus Dankbarkeit, dass keines unserer vier Kinder jemals Interesse an Suchtmitteln zeigte und ich dieses Problem nur aus dem Bekanntenkreis und seit 20 Jahren von Hilfesuchenden kenne, engagiere ich mich seither bei der Herstellung dieses EgD-Infos.

In diesem Jubiläums-Bulletin wollen wir einerseits mit einigen Berichten aufzeigen, wie nötig die Gründung unseres Vereins und die regelmässige Herausgabe des EgD-Infos waren und sind. Es soll aber auch ersichtlich werden, dass durch unser Engagement die von den Drogenlegalisierern gelobte «Pionierrolle in der Drogenpolitik» gestoppt werden konnte.

Auffallend war bei meinen Recherchen in die 20-jährige Geschichte der Drogenpolitik der Schweiz, dass dieselbe Drogenlegalisierungslobby, welche in den 1990er Jahren die Abstimmung zur Droleg-Initiative mit 74% verloren hatte, immer noch alle Hebel in Bewegung setzt, um das Betäubungsmittelgesetz zu verwässern, ja zu unterlaufen. Es fragt sich schon, weshalb eine Frau Ruth Dreifuss und andere schon seit mehr als 30 Jahren für eine Drogenfreigabe kämpfen – aller wissenschaftlichen Fakten über die Gefährlichkeit der verschiedenen Rauschgifte zum Trotz (siehe dazu: www.elterngegendrogen.ch). Eine solche Freigabe würde bestimmt eine Zerstörung vieler wertvoller Menschenleben zur Folge haben, aber natürlich für verschiedene Beteiligte und bankrotte Staaten eine lukrative Einnahmequelle bedeuten.

Sicher ist, dass wir – trotz Ehrenamtlichkeit und ohne staatlichen Geldsegen – weiterhin mit Informationen gegen die mit der Hochfinanz (z.B. mit George Soros) verbündete Drogenlegalisierungslobby zum Widerstand aufrufen werden.

Zum aktuellen Thema der Cannabis Social Clubs und der Cannabisfreigabe organisieren wir für Sie gerne Vorträge oder Podiumsdiskussionen. Falls Sie Interesse haben, melden Sie sich bitte bei der Präsidentin, Frau Sabina Geissbühler-Strupler, (E-Mail: s.g.s@bluewin.ch).

Die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen ist auch im Internet zu finden: www.elterngegendrogen.ch

Aus dem Inhalt

Die Drogenpolitik und ihre Auswirkungen: *Einst und jetzt!*

Die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen beobachtet die Drogenpolitik seit über 20 Jahren. In dieser Jubiläums-Ausgabe unseres Bulletins vergleichen wir die Situation von vor 20 Jahren und von heute.

Einst...

- Offene Drogenszenen – ein geplanter Schritt der Drogenlegalisierungslobby
- Erlebnisbericht einer Mutter einer drogenabhängigen Tochter
- Traurige Erlebnisse im Kocherpark
- Erlebnisbericht eines Berufsschullehrers
- Erlebnisbericht eines Maturanden
- Fehlende Cannabisgesetzgebung – die Sicherheit der Bevölkerung ist gefährdet

...und jetzt:

- Was erwartet die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen von der heutigen Drogenpolitik?
- Bestellung Cannabis-Broschüre
- Milliarden-Gewinne bei einer Marihuana-Freigabe
- Der Vormarsch von Cannabis als Trenddroge der 1990er Jahre konnte gestoppt werden
- Wir wollen keinen Drogendealer-Staat!

Offene Drogenszenen – ein geplanter Schritt der Legalisierungslobby

EINST



Der Platzspitz in Zürich vor rund 20 Jahren. Bild:Screenshot

Schon vor mehr als 20 Jahren hat Frau Prof. Jeanne Hersch, Philosophieprofessorin, mit grosser Besorgnis die Entwicklung in der Schweizer Drogenpolitik verfolgt und folgendermassen Stellung genommen: *«Zum Wesentlichen des Menschseins gehört die Freiheit zur Entscheidung. Der Drogenkonsum aber verhindert, dass der Mensch wirklich Mensch sein kann. Der Drogenkonsument verliert seine Freiheit und seine Fähigkeit, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Deswegen ist es eine reine Perversion des Denkens, wenn man behauptet, es gehöre zu den Menschenrechten, Drogen konsumieren zu dürfen.»*

Trotzdem waren die Schweizer Stadtregierungen anfangs der 90er-Jahre mehrheitlich der Ansicht, dass eine offene, «überwachte», mit sauberen Spritzen belieferte Drogenszene «vorerst» toleriert werden müsse. Nur mit einer ausufernden, offenen Drogenszene mit ungeheurer Sogwirkung über die Schweizer Grenzen hinweg, wo Raub, Diebstahl, Hehlerei und Mord an der Tagesordnung waren, konnte die Bevölkerung für den nächsten

Schritt der Drogenlegalisierungslobby, nämlich die Einführung niederschwelliger Angebote, empfänglich gemacht werden. Dazu wurden die Medien benutzt: Bilder der offenen Drogenszenen und Stories von Einzelschicksalen Drogensüchtiger gingen um die Welt. Gebetsmühlengleich wurden perfide Behauptungen der Drogenlegalisierungslobby veröffentlicht:

- Die schlimmen Folgen der Heroinabhängigkeit würden nicht durch das Rauschgift Heroin verursacht, sondern durch die Illegalität und den verunreinigten Stoff.
- Die Bestrafung von Drogenkonsumenten widerspreche dem Grundsatz, wonach selbstschädigendes Verhalten als nicht zu bestrafen gelte.
- Die sich ausbreitende Drogenepidemie beweise, dass die Repression gegenüber Drogendealern und -konsumenten versagt hätte und deshalb das Betäubungsmittelgesetz revidiert werden müsse.

Hier muss ganz klar festgehalten werden, dass die Drogenlegalisierungs-

lobby die Schaltstellen der Drogenpolitik besetzte und bis heute besetzt und somit vielerorts die Polizei ihren eigentlichen Auftrag, wie er im Betäubungsmittelgesetz und im Strafrecht festgeschrieben ist, nicht wahrnehmen darf.

Drogensüchtige Menschen wurden plötzlich nicht mehr als Kranke, sondern als Klienten behandelt, welche selber bestimmen sollen, was und wie viele Suchtmittel sie konsumieren wollen. Zwar wurde den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern bei der Abstimmung zu den Heroinabgabeversuchen versprochen, dass diese staatliche Rauschgiftabgabe nach der Schliessung der offenen Drogenszenen als Überlebenshilfe für die Süchtigen notwendig sei, aber dass eine zeitliche Beschränkung sowie ein Dosisabbau bis zur Abstinenz praktiziert würden. Natürlich wussten die Promotoren der Heroinabgabe (Uchtenhagen, Hämmig, Gutzwiller) auch von gescheiterten Drogenabgabeversuchen aus dem Ausland wie Schweden und England.

Längst ist aus den 1995 gestarteten Experimenten eine eigentliche, staatlich bezahlte «Drogenindustrie» entstanden. Nationalrat Felix Gutzwiller zum Beispiel profitierte indirekt von den Drogensüchtigen. Gutzwiller sass jahrelang im Verwaltungsrat der Siegfried AG, welche das lukrative Geschäft mit der Methadonherstellung tätigt.

«In einer Demokratie geschieht letztlich das, was das Volk in seiner Mehrheit meint und will. Was es aber meint und will, hängt von den Informationen ab, die ihm vermittelt oder vorenthalten werden.» Diese Feststellung von Prof. Kriele, Köln, trifft insbesondere für die Drogenpolitik zu. Deshalb waren die Gründung der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen und die Lancierung des Info-Bulletins eminent wichtig.

Erlebnisbericht einer Mutter einer drogenabhängigen Tochter

EINST

Ich werde als Mutter einer drogenabhängigen Tochter direkt mit dem Drogenproblem konfrontiert. Alle meine Kenntnisse und Erfahrungen habe ich mir auf schmerzhaft Weise erwerben müssen. Wir Eltern erleben das Drogenelend so nah, dass unsere Aussagen ernst zu nehmen sind.

Von verschiedenen Seiten wurde mir Haschisch als harmlose Droge beschrieben. Ich hatte keinen Grund, das nicht zu glauben. Lange wusste ich nicht, wie entscheidend die durch Haschisch ausgelösten Charakterveränderungen für das Leben meiner Tochter sein würden. Niemand kann diesen Wandel so gut feststellen wie die Eltern!

Am Auffallendsten war das Überhandnehmen einer erstaunlichen Passivität. Konsumieren (Musik, Videos) wurde wichtiger, als selbst etwas zu unternehmen. Sport wurde aufgegeben. Der Freundeskreis wechselte, die neuen «Freunde» vermieden den Kontakt mit uns Eltern. Starke Gemütsschwankungen stellten sich ein. Meine Tochter litt an Konzentrationschwäche, Vergesslichkeit, Unmotiviertheit. Die Leistungen in der Schule gingen zurück, die Berufslehre war gefährdet. Ihre Kleidung wurde nachlässig, sie kleidete sich fast ausschliesslich in schwarz und grau.

All das hat den Einstieg ins Heroin ganz entscheidend vorbereitet. Meine Tochter war bereits süchtig, der Joint das wichtigste Ereignis, das stärkste Gefühl. Warum wird diese hirnschädigende Droge verharmlost? Wer verlangt eine Freigabe von Haschisch? Hunderte von Eltern haben Haschisch als Einstiegsdroge ihrer Kinder erlebt. Wer das nicht wahrhaben will, spottet über unseren Schmerz. Uns bleibt das Wort «weiche Droge» im Hals stecken. Willenlosigkeit, Unsicherheit, Schwierigkeiten in der Lehre und zu Hause sind günstige Voraussetzungen für den Einstieg ins Heroin. Das passive Milieu der Haschischkonsumen

ten fördert diesen Einstieg. Die Meinung, Abhängige müsse man ihrer Sucht überlassen, bis sie die Kraft zum Ausstieg selber fänden, ist für uns Eltern inakzeptabel. Unsere Kinder werden so zu hoffnungslosen Fällen, die man in ihrer Sucht unterstützt, möglicherweise sogar mit Stoff versorgt – zynischer geht's nicht mehr. Erst nach dem Entzug, nach dem Einsetzen der Therapie, ist der Kranke wieder im Stande, frei zu denken.

Drogenabhängige haben oft das Gefühl, dass sie arbeitsfähig wären, wenn sie die Droge problemlos zur Verfügung hätten. Meine Tochter musste diese Illusion verlieren – sie wurde entlassen wegen Unzuverlässigkeit, Unfähigkeit, einen Auftrag zu erfassen, Zittern. Wer glaubt, das Drogenproblem sei lösbar, wenn die Droge in der Apotheke gekauft werden könnte, hat nie mit einem Drogenkranken gelebt. Nicht einfach die Beschaffungskriminalität – die Droge selbst zerstört den Menschen.

Wenn sich ein Abhängiger in höchster Not an unsere Institutionen wendet, heisst es «warten». Das kann tödlich sein. Meine Tochter wollte in die Entzugsstation Bellelay eintreten:

- Das Aufnahmegespräch ist eine Art Test, ob der Kranke für den Entzug geeignet ist, ob er freiwillig komme, oder ob etwa die Eltern Druck ausüben.
- Überlegen über Nacht, ob man wirklich kommen wolle – eine schreckliche Nacht mehr für uns verzweifelte Eltern.
- Nach der Eintrittsbestätigung warten, bis es Platz gibt. Wie und wo wartet ein Suchtkranker?
- Die Therapie kann jederzeit abgebrochen werden, der Patient ist ja volljährig! Wer die Kraft nicht hat zu bleiben, wird 14 Tage lang ausgeschlossen, bis er sich wieder bewerben darf, wieder Schlange stehen muss.

Der Weg in die Therapie ist ein wahrer Hindernislauf; das Verharren in der Sucht wird so erleichtert. Warum sind in den letzten Jahren kaum Therapieplätze geschaffen worden? Man will mit einer Liberalisierung der Drogenpolitik, mit einer Freigabe der Drogen uns Eltern noch die letzte Möglichkeit nehmen, unsere Jugendlichen zu holen. Kein Gefängnis in der Schweiz ist so schrecklich wie das der offenen Drogenszene. Wer nicht geholt wird, bleibt in den meisten Fällen gefangen.

Traurige Erlebnisse im Kocherpark

EINST

Eine junge, abgemagerte Frau stösst ihren Kinderwagen in die Nähe des Tisches, wo Löffel, Spritzen etc. bereitliegen. Schnell hat sie ihren Stoff gekauft und gespritzt, während ihr ca. 1½-jähriges Kind mit grossen, traurigen Augen dem Treiben der Süchtigen zuschaut.

Ein junger Mann mit gelblicher Haut-

farbe und blasenartigen Wunden rund um den Mund kommt zögernd in den Park. Er beginnt das Gespräch mit mir und erzählt, dass er an starker Gelbsucht erkrankt sei und «Spitalausgang» habe, um sich Stoff zu holen!

Ein gutaussehender Mann kommt in den Park und schliesst mit einem Dealer ein Abkommen. Falls er vier Süch-

tige finde, die bei ihm einkaufen würden, bekäme er den Stoff gratis. Beim Eingang zum Park stellt er sich hin und hat in Kürze vier Käufer vermittelt. Der erhaltene Stoff sei für einen Kollegen, der mit zwei gebrochenen Beinen im Spital liege. Der Spitalpatient hatte nach Drogenkonsum einen Autounfall.

Der süchtige Krankenpfleger, der mit mir über seine Zukunft sprechen wollte, lud mich sogar in ein «Beizli» ein. Sein Schicksal berührte mich be-

sonders. Er ist seit 10 Jahren AIDS-krank und hat noch bis vor einem Jahr im Spital Kranke gepflegt!

Alle Süchtigen, denen ich bei meiner Betreuerstätigkeit im Kocherpark begegnet bin, finden ihr Leben «verschissen»: «Das einzige, was für uns gemacht wird, sind die sauberen Spritzen, die gebracht werden.»

Georg, ein Süchtiger, meint: «Ich bin gegen den Platzspitz. Es ist ein kaputter Ort. So manches Mal habe ich ver-

sucht, meine Sucht loszuwerden und neu zu beginnen. Aber es ist so schwer, wenn ein Drogen-Supermarkt in der Nähe ist – mit Gratis-Dienstleistung aller Art.»

Trotz täglich 100-fachen Verstössen der Süchtigen gegen das bestehende Betäubungsmittelgesetz darf die Polizei nicht eingreifen. Die Politik befiehlt, die Drogenszenen gewähren zu lassen, bis das Elend so gross ist, dass die Bevölkerung der vorübergehenden Heroinabgabe zustimmen wird.

Erlebnisbericht eines Berufsschullehrers

EINST

Kiffen ist absolut harmlos! Wirklich? Als Berufsschullehrer unterrichte ich seit bald dreissig Jahren Berufslernende in technischen Fächern. Es ist mir ein Anliegen, die jeden Tag wiederkehrenden Beobachtungen darzulegen.

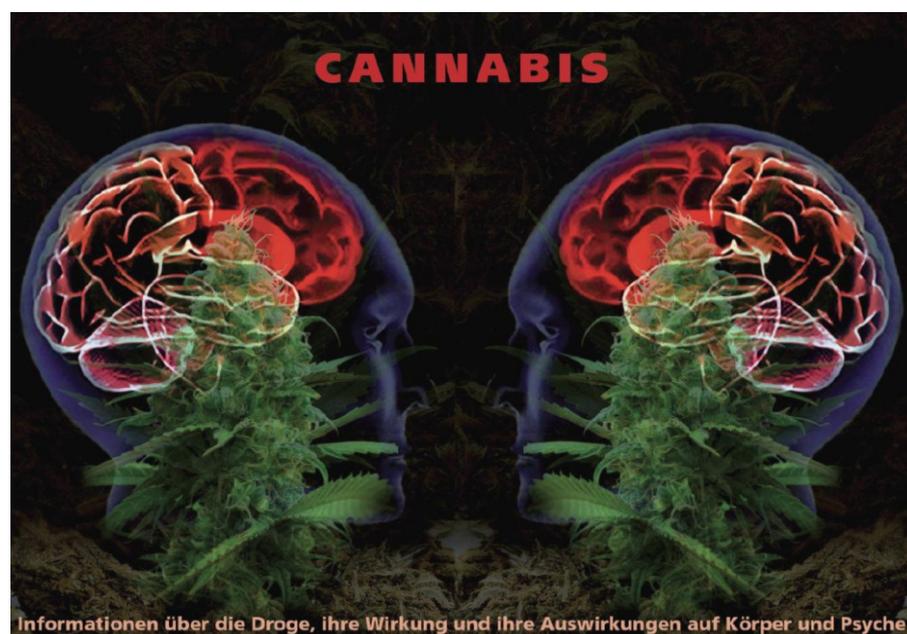
In vielen Klassen hat es einige Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren, welche während des Berufsschultages vor dem Unterricht, in der Pause und über Mittag regelmässig kiffen. Das Verhalten im Unterricht zeigt sich in Unlust und Apathie und/oder grossen Gefühlsschwankungen. Bei

diesen Jugendlichen wird Cannabis zum zentralen Punkt in ihrem Leben. So kommt es oft vor, dass die Jugendlichen halb schlafend dem Unterricht folgen oder geistig in eine andere Welt abgetaucht sind. Darauf angesprochen, reagieren sie mit wirren und unverständlichen Fragen und Äusserungen. Ihr soziales Verhalten ist gestört, es gipfelt in vollständigem Rückzug und Verschlussenheit. Der Wille zu einer natürlichen Leistung, in dieser Lehre das Beste zu geben, ist komplett erloschen!

In einigen Jahren sind diese Berufs-

lernenden in ihrem Erwerbsleben, müssen Verantwortung in Industrie und Gesellschaft übernehmen. Die Zahl derer, welche auf der Strecke bleiben, wächst von Jahr zu Jahr. Zum Glück gibt es auch die aufgestellten und leistungswilligen angehenden Berufsleute. Sie werden in ihrem Berufsleben kaum gleichaltrige Konkurrenz haben. Ihr Verhalten und ihr grosser Einsatz beflügeln mich immer wieder, in diesem aufreibenden Beruf weiterzumachen.

Warum verharmlosen so viele Lehrer, Schulleitungen, Lehrmeister, Behörden und Politiker die Situation oder schauen bewusst zur Seite? Zu gross ist das Heer von Psychologen und Sozialarbeitern, die die Verharmlosung des Kiffens im ganzen Land propagieren. Ja, kiffen ist harmlos, Kiffer stören den Unterricht nicht! Wirklich?



Was ist Cannabis? Wo wirkt THC? Unsere Info-Broschüre gibt Auskunft.

Unsere neue Cannabis-Broschüre können Sie direkt von unserer Website herunterladen oder im Sekretariat bestellen:

Eltern gegen Drogen
Postfach 8302
3001 Bern
Eltern_g_drogen@bluewin.ch

www.elterngegendrogen.ch

Erlebnisbericht eines Maturanden

EINST

Auswirkungen des regelmässigen Kiffens: Cannabis ist ein grosses Problem in den Schulen! Meine ersten Eindrücke von Jugendlichen unter dem Einfluss des Drogenhanfs konnte ich schon zu Sekundarschulzeiten, damals noch ausserhalb der Stadt, mit 15 Jahren machen. Die Jungs aus der Parallelklasse kamen regelmässig etwa zu fünf völlig bekifft ins Schulturnen. Der Turnlehrer reagierte darauf ziemlich hilflos.

Mit 16 Jahren wechselte ich nach Zürich an die Kantonsschule. Ich wurde mit zwei jener bereits erwähnten Kiffer aus unserem Dorf in dieselbe Klasse eingeteilt. Meiner Meinung nach waren sie es, die die Droge in unsere Klasse brachten.

Der Stress in der Mittelschule war enorm, und viele begannen in den Pausen Zigaretten zu rauchen. Zu Beginn gingen wir einzeln Mittagessen. Mit der Zeit sass jedoch die ganze Klasse mittags am See, und der Joint wanderte jeden Mittag durch die Runde. Nach einem Monat kifften in unserer Klasse etwa neun Jugendliche regelmässig, wobei höchstens drei bereits frühere Erfahrung gesammelt hatten. Drei Schüler kifften in unserer Raucherecke während einer bis vier Pausen. Auch abends vor dem Zubettgehen wurde der «Guet-nacht-Ofen» angezündet.

Im Unterricht wirkten die Betroffenen unaufmerksam und abwesend. Die Kiffer wurden in den Prüfungen im-

mer schlechter und am Ende der Probezeit mussten sich sieben von ihnen verabschieden. So kehrte auch eine gewisse Ruhe in unserer Klasse ein. Heute konsumiert eine Frau regelmässig (täglich) Cannabis. Ein Mitschüler raucht unregelmässig (etwa einmal monatlich) einen Joint.

Die Bilanz in unserer Klasse sieht also wie folgt aus: Klasse zu Beginn: 27 Schüler/-innen; nach Probezeit: 18 Schüler/-innen. Von neun Abgängen: 8 Kiffer. Heute: 17 SchülerInnen. Die meisten unserer Klasse werden dieses Jahr 20 und schliessen die Schule mit der Matura ab.

Fehlende Cannabisgesetzgebung - die Sicherheit der Bevölkerung ist gefährdet

EINST

Im Dorfkern von Frieswil nimmt man die kleine Strasse abwärts nach Oltigen und keine 200 Meter weiter steht es, das fünf Hektaren messende Marihuanafeld - so gross wie sieben Fussballfelder. Wenn es gut geht, liefert so ein Feld ganze fünf Tonnen Marihuana. Am Gassenpreis gemessen, macht dies satte 50 Millionen Franken aus, d.h. es könnten zehn Millionen Joints gedreht werden.

«Das ist Marihuana für Teemachen», informiert mit breitem Grinsen ein Wächter, einer von den rüden Burschen aus Russland, Polen oder Georgien – auch ein Afghanistan-Veteran ist dabei –, die in Tarnhosen, Kampfjacken und mit Wachhund die 50-Millionen-Anlage auf- und abschreiten. Alles ohne Hemmungen, wie wenn sie nicht in der Schweiz, son-

dern bei sich zu Hause wären. Schweizer sieht man keine. Auch keine Polizei. «Die Polizei hat Angst einzuschreiten. Tags auch, aber besonders nachts geht es richtig los, in den letzten Tagen sehr arg sogar», erklärt ein Frieswiler, dessen Haus direkt über dem Marihuanafeld steht. «Es ist Erntezeit; die Räuber – Männer aus dem Balkan oder Schwarze – kommen von allen Seiten her und die Bewacher des Drogenhanffeldes müssen sich natürlich wehren.»

Unterdessen wird fleissig geerntet, kleine Lastwagen mit ZH-, SO- und AG-Schildern verlassen das Feld, beladen mit Marihuanapflanzen, ohne dass sie jemand anhält. Eines ist sicher: Zu Tee verarbeitet wird da keine einzige Pflanze. Ausgeliefert fühlt sich die Dorfschaft und fragt, wieso

die Behörden diese ausländische Mafia dulden – oder bekommen Berner Staatsbeamte Schweigegeld ausbezahlt?

Auf Anfrage meint der Chef der Betäubungsmittelbekämpfungsgruppe, dass die Berner Polizei am Frieswiler Marihuanafeld keine Schuld trage; vielmehr sei dies die Folge einer schlechten Gesetzgebung.



Bild:ZVG

Was erwartet die Schweiz. Vereinigung Eltern gegen Drogen von der heutigen Drogenpolitik?

JETZT

Die Ausgangslage für eine nachhaltige Drogenpolitik stimmt positiv

Gemäss revidiertem Betäubungsmittelgesetz Art. 1a soll: «...dem unbefugten Konsum von Betäubungsmitteln und psychotropen Stoffen vorgebeugt werden, namentlich durch die Förderung der Abstinenz». Alle Massnahmen sind darauf auszurichten und auf ihre Wirksamkeit in Bezug auf das Ziel zu überprüfen. Die Viersäulenpolitik der Schweiz (Prävention, Therapie, Schadensminderung, Repression), die auch in den Kantonen gilt, muss dieses Ziel anpeilen.

Angebote müssten aber klar definiert und auf die vier Säulen verteilt werden

Die ambulante Beratung von drogensüchtigen Menschen – immer öfters von kiffenden Jugendlichen, welche unter grossen Problemen mit den Folgeerscheinungen des Rauschgiftes Tetrahydrocannabinol (THC) leiden – wird oft als Therapie «abgebucht». Dies bedeutet, dass wohl die Meinung der Suchtfachleute darin besteht, dass Suchtkranke durch Gespräche geheilt würden. Oder sie haben resigniert und sind zufrieden, wenn der süchtige Jugendliche nur noch «risikoarm» das illegale Cannabis konsumiert. Dies entspricht einerseits nicht der Realität und andererseits verstösst eine solche verharmlosende Einstellung gegen den Willen der Bevölkerung, denn die Droleg-Initiative, die eine Legalisierung der illegalen Drogen

verlangte, aber auch die Cannabislegalisierungs-Initiative wurden mit 68 resp. 74 Prozent vom Stimmvolk abgelehnt. Die negativen Folgen des Kiffens sind zu offensichtlich geworden. Hier muss unbedingt eine Kosten-Nutzen-Analyse vorgenommen werden, da diese niederschweligen Angebote Millionen von Steuergeldern verschlingen.

Stationäre, abstinenzorientierte Therapie-Institutionen werden

– als eigentlich gleichwertige Säule – sträflich vernachlässigt, obwohl es sich immer wieder gezeigt hat (z.B. in Schweden oder in San Patrignano bei Rimini), dass eine abstinenzorientierte und somit nachhaltige Suchtpolitik vor allem in solche Institutionen investieren müsste. Wurden noch bis 1996 Defizite der stationären Suchttherapie mit Bundesgeldern aus der Invalidenversicherung (IV) gedeckt, setzte sich die IV plötzlich auf den Standpunkt, Sucht allein sei keine Invalidität. Wer weiter Geld erhalten will, muss künftig für jede Klientin und jeden Klienten Arztzeugnisse vorweisen, die einen anderen invalidisierenden Gesundheitsschaden bezeugen. So wälzt der Bund seine Verantwortung auf die Kantone ab, diese stehen sich aus der Verantwortung und geben die Last den Gemeinden weiter. Die aktuelle Situation ist ein Lehrbeispiel dafür, wie auf dem Buckel der Betroffenen die Bürokratie aufgebläht wird.

Unbefriedigend an der derzeitigen Situation ist aus Sicht der Therapieanbieter nicht nur der grosse Aufwand für IV-Anmeldungen (mit grossem Ermessensspielraum bei der Anerkennung von Persönlichkeitsstörungen), sondern auch die zeitliche Verzögerung. Es fehlt eine klare politische Aussage zum erforderlichen Therapieangebot, so dass die zweite, lange Zeit unbestrittene Säule der Schweizer Drogenpolitik, vom Einsturz bedroht wird. Es ist naiv zu denken, Angebot und Nachfrage regelten sich von selber in diesem Bereich. Ohne politische Gewichtung werden nicht nur einzelne Therapieangebote, sondern auch Therapieangebote und Abgabeprogramme gegeneinander ausgespielt. Oft tragen die Substitutionsangebote dabei den Sieg davon, weil sie über die Krankenkasse finanziert werden. Dass die Krankenkassenkosten damit weiter ansteigen, liegt auf der Hand.

Die **Methadonprogramme** müssten eigentlich, so wie sie heute durchgeführt werden, nicht mehr als Therapie, sondern als Schadensminderung betrachtet werden. Ursprünglich als Übergangslösung auf dem Weg zur Abstinenz vorgesehen, zeigt sich heute, dass die Methadonbehandlungen, die in der Regel über Tarmed abgerechnet werden, kaum zum Ausstieg führen und trotz geringem Betreuungsaufwand jährliche Kosten von mehr als dem Doppelten der durch-



Bild:ZVG

schnittlichen Gesundheitskosten pro Kopf der Bevölkerung verursachen. Dies belastet entsprechend auch die Krankenkassenprämien.

Dasselbe gilt für die **Heroinabgabeprogramme**, denn hier zeigt sich, dass statt einer Dosisenkung eine Dosissteigerung stattgefunden hat, obwohl die Zahl der Teilnehmenden konstant geblieben ist.

Fixerräume verfehlen die Zielsetzung des Betäubungsmittelgesetzes und konnten den Drogenhandel nicht verhindern, sondern eher fördern, indem sie die Kunden für die Dealer konzentriert greifbar machen.

Angesichts der knappen Finanzen ist es angezeigt, die Zuordnung zu den Säulen und die Zielsetzung im Hinblick auf Kosten und Nutzen der Massnahmen genau unter die Lupe zu nehmen. Man sollte sich dabei den Kommentar der UNO-Drogenkontrollbehörde zur Schweizer Suchtpolitik vor Augen halten: **Nur ein sehr reiches Land könne sich eine solche Drogenpolitik leisten.**

Neue Untersuchungen zur Wirkung der Suchtmittel sind in die Überlegungen einzubeziehen

Unerklärlicherweise stützen sich die sogenannten Drogenfachleute trotz neuer Studien immer noch auf überholte Bewertungen ab (Spinatsch-Theorie und das auf Liberalisierung ausgerichtete Würfel-Modell der 90er Jahre).

So stützen aktuelle Studien die Aufteilung in illegale und legale Suchtmittel. Substanzen, welche schon bei kleinen Mengen auf den Menschen sowohl gesundheitsschädigend, rauscherzeugend wie auch abhängig machend wirken, gehören zu den illegalen Drogen. Deshalb gehören Zigaretten nicht in die Kategorie der illegalen Drogen, da sie nicht berauschend wirken. Beim Alkohol ist risikoarmer Konsum möglich, deshalb gilt auch Alkohol nicht als illegales Suchtmittel. Kiffer hingegen suchen explizit den Rausch. Zudem ist das darin enthaltene Tetrahydrocannabinol (THC) nicht wasserlöslich (wie Alkohol), sondern fettlöslich. Dieses

lagert sich deshalb im Körper, vor allem im Gehirn ab und wirkt dort länger als der Rausch anhält. Es stört die Hirnfunktionen wie das Kurzzeitgedächtnis, die Reaktions- und Konzentrationsfähigkeit und führt oft zu Schulproblemen oder Lehrstellenverlust. Diese Symptome ähneln denjenigen, welche auch Pubertierende aufweisen können, und werden deshalb oft zu spät als Auswirkungen des Cannabiskonsums erkannt.

Aus der Studie betreffend «Jugenddelinquenz», welche 2009 in St. Gallen bei 5000 Jugendlichen von Prof. M. Killias durchgeführt wurde, zeigte sich deutlich der Zusammenhang von Cannabiskonsum und Gewalt. Dass die Wirkung des Rauschgiftes THC zu Psychosen und Schizophrenien führen kann, ist einmal mehr in einer neuen Studie erhärtet worden. Solche psychotische Zustände zerstören jegliche natürliche Hemmschwelle zur Verübung von Gewalttaten (Lucie-Mörder, Amokläufer von Arizona, usw.). Andere negative Folgen sind die Verkehrsunfälle unter Cannabisrausch.

Laut Statistik übersteigt die Zahl der Drogensüchtigen am Steuer diejenige der Angetrunkenen.

Fazit und Forderungen

Die Massnahmen sind so den vier Säulen zuzuordnen und zu bewerten, dass eine echte Ziel- und Kostenüberprüfung auf der Basis des Ausstiegsziels gewährleistet ist.

Beratende und Behandelnde im Suchtbereich sind auf das Ausstiegsziel zu verpflichten.

Die aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse sind zu berücksichtigen und die überholten Liberalisierungsideen ad acta zu legen.

Die Milliarden Steuer- und Krankenkassengelder, die jährlich von der Schweizer Bevölkerung bezahlt werden müssen, sind zielgerichtet für eine Ausstiegspolitik zu verwenden. Das Problem ist anzugehen, nicht zu verwalten.



Trotz zahlreichen staatlichen Massnahmen nimmt die Anzahl Drogenabhängiger, wie beispielsweise Heroinsüchtige, nicht ab. Bild:ZVG

Milliarden-Gewinne bei einer Marihuana-Freigabe

JETZT

Wie knallharte finanzielle Interessen die weltweite Drogenpolitik zu bestimmen suchen.

Monsanto arbeitet seit Jahren an gentechnisch-verändertem Marihuana. So könnte das Unternehmen schon bald von der weltweiten Legalisierungswelle profitieren. Der Investor und Monsanto-Aktionär George Soros hat die weltweiten Kampagnen zur Legalisierung von Marihuana mit Millionenbeträgen finanziert.

Der amerikanische Biotechnologie-Konzern Monsanto bereitet sich darauf vor, in das Milliarden-Geschäft mit Marihuana einzusteigen. Nachdem eine weltweite Legalisierung der Droge in Gang gesetzt wurde, wittert das amerikanische Unternehmen seine Chancen in dem neu entstehenden Markt. Der Milliardär und Spekulant George Soros, der erhebliche Anteile an Monsanto hält, hatte zuvor Millionenbeträge in Kampagnen zur Legalisierung von Marihuana investiert.

Monsanto arbeitet seit Jahren mit Hochdruck an der Patentierung von gentechnisch-verändertem Marihuana. Zu diesem Zweck schloss der Konzern schon 2007 eine Kooperation mit dem Chemie-Konzern Bayer AG, der auf dem Gebiet der Marihuana-Forschung bereits weit vorangeschritten ist. Bayer kaufte sich schon 2003 in den Bereich ein. Zusammen arbeiten die Unternehmen an der Möglichkeit, den Marihuana-Wirkstoff Tetrahydrocannabinol (THC) gentechnisch zu modifizieren.

Zudem hat Monsanto grosses Interesse daran, die Cannabispflanzen, ähnlich den gentechnisch veränderten Mais- und Sojapflanzen, immun gegen das Unkrautgift Roundup zu machen. Roundup steht im Verdacht, bei Menschen tödliche Nierenerkrankungen und schwerwiegende Nervenschäden auszulösen.

Weltweit war in den letzten Monaten eine Welle der Legalisierung von Marihuana zu beobachten. In den USA gaben die Bundesstaaten Colorado und Washington den Verkauf von Marihuana für nicht-medizinische Zwecke frei. Der medizinische Vertrieb von Marihuana ist bereits in etlichen US-Bundesstaaten legal. Der US-Markt für Cannabis wird derzeit auf etwa 1,4 Milliarden Dollar geschätzt und verzeichnet hohe Wachstumsraten. In fünf Jahren soll der Jahresumsatz bereits rund 10 Milliarden Dollar betragen.

Auch Kanada hat sein Marihuana-Verbot gelockert. Dort können Unternehmen Lizenzen zum Grossanbau von Marihuana für medizinische Zwecke vom Staat erwerben, der durch die Steuereinnahmen an dem florierenden Geschäft mitverdient. Seit dem 1. April dürfen lizenzierte Produzenten in Kanada Rauschhanf zu medizinischen Zwecken anbauen und vertreiben. In Vancouver wird Cannabis erstmals in einem Automaten angeboten. Er sieht aus wie ein ganz normaler Snack-Automat. Aber statt Süßigkeiten spuckt die Maschine im kanadischen Vancouver Drogen aus. Medizinisches Cannabis wird in verschiedenen Mengen angeboten. Eine halbe Unze – umgerechnet rund 14 Gramm – kostet laut Berichten kanadischer Medien 50 Dollar. Zu zahlen in bar. Der Dope-Automat steht in einer Arzneiausgabe namens BC Pain Society – nur mit einem ärztlichen Attest bekommen Patienten eine Karte für den Automaten.

Uruguay schaffte das Marihuana-Verbot komplett ab. Ab Mitte 2014 ist der Erwerb von staatlich kontrolliertem Marihuana legal. Auch die Open Society Stiftung des Investors George Soros machte sich in Uruguay für die Legalisierung stark.

«Durch ein Netzwerk von Non-Profit-Organisationen hat Herr Soros seit

1994 mindestens 80 Millionen Dollar für die Legalisierungsbestrebungen ausgegeben. Damals spendete er einen Teil der Gelder seines Fonds an Organisationen, die eine alternative Drogenpolitik entwerfen sollten», berichtet die Washington Times.

«Seine Spenden macht Herr Soros durch die Drug Policy Alliance (DPA), eine Non-Profit-Organisation, die er jährlich mit rund 4 Millionen Dollar durch seine Open Society Stiftung unterstützt.» In ihrem Jahresbericht rühmt sich die Drug Policy Alliance mit ihren Leistungen in Uruguay, die letztlich zur dortigen Legalisierung von Marihuana beigetragen haben.

«Auch in Uruguay spielten wir eine ausschlaggebende Rolle, als wir halfen, eine öffentliche Aufklärungskampagne zu koordinieren. Es bestand eine enge Zusammenarbeit mit Regierungsvertretern, Aktivisten, Journalisten und anderen, auch mit Präsident José Mujica persönlich.»

Darüber hinaus habe Soros Millionenbeträge an die American Civil Liberties Union gespendet, die sich ihrerseits für die Legalisierung von Marihuana in den USA einsetzte, so die Washington Times weiter.

Auch The Daily Bell sieht in Soros eine der treibenden Kräfte hinter der weltweiten Legalisierung. Ihm gehe es dabei wohl weniger um die Freiheiten der Bürger oder den gescheiterten Kampf gegen die Drogen, als um knallharte Geschäftsinteressen, denn Soros hält rund 476'000 Monsanto-Aktien. Damit ist sein Anteil zwar zu klein, um es in die Top-20-Aktienhalter des Biotech-Konzerns zu schaffen, aber immerhin gross genug, um massiv von Monsantos möglichem Geschäft mit gentechnisch-verändertem Marihuana zu profitieren. Es darf davon ausgegangen werden, dass ein Spitzenspekulant wie Soros diese Millionenbeträge als Investition in die Zukunft sieht. Über seine Monsanto-Anteile könnte sich diese Geldanlage schon bald rentieren.

www.deutsche-gesundheits-nachrichten.de (14.5.2014)

Der Vormarsch von Cannabis als Trenddroge der 90er-Jahre konnte gestoppt werden...

JETZT

...auch dank der Aufklärungsarbeit der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen.

Cypress-Hill-Konzerte in den 90er-Jahren waren berauschende THC-Propaganda. Vor einem Aufblas-Buddha wippend, warfen die LA-Rapper fertig gerollte Joints ins Publikum. Dazu reimte eine näselnde Stimme: «Roll it up, light it up, smoke it up. Inhale, exhale.»

So klang das Motto eines Jahrzehnts. THC war der Wirkstoff, der die 90er-Jahre antrieb (oder verlangsamte). Zu Beginn des Jahrzehnts versetzten Hip-Hop-Acts der Cannabis-Glorifizierung, die bis dahin von alternden psychedelischen Rockern und Reggae-Sängern betrieben wurde, einen neuen Schub. Künstler wie Snoop Doggy Dogg, Method Man oder Luniz investierten einen Grossteil ihrer lyrischen Energie in die Lobpreisung des THC-Deliriums. «High till I die», wie es 2Pac ausdrückte.

Auch das No-Future-Lebensgefühl der Grunge-Bewegung passte bestens zur Cannabis-Gedämpftheit. Nirvana-Sänger und Polytoxikomane Kurt Cobain kürte Gras in einem Interview zu seiner Lieblingsdroge.

Zahlreiche Filme («Half Baked», «Friday», «Clerks» oder «Lammbock») inszenierten das Dauerkiffen als Lebensstil. «Roll it up, light it up, smoke it up.» Der Rest der Welt konnte hinter Rauchnebeln verschwinden. Den absoluten Vorbild-Siffer erschufen die Coen-Brothers im Film «The Big Lebowski». Der Alt-Hippie «The Dude», gespielt von Jeff Bridges, verplätschert seine Tage, Joint nuckelnd, in der Badewanne.

Parallel zur kulturellen Verherrlichung verbreitete sich in der Schweiz die Legalisierung-Euphorie. Um die

Millenniums-Grenze war Gras leichter erhältlich als Wodka. Man spazierte in einen der unzähligen Hanfläden und erstand als «Duftsäckli» betitelt Gras-Rationen. Das Kraut rollen und anzünden konnte man beinahe überall: auf Parkbänken, in alternativen Beizen oder den SBB-Raucherabteilen, durch die schon am Morgen früh würzige Schwaben waberten. Die Schweiz entwickelte sich zum THC-Exportland. Auf Dachterrassen blühten Stauden mit gezackten Blättern, Hanfembleme schmückten T-Shirts und Rucksäcke. Selecta rüstete seine Automaten mit Papierchen zum Kiffen auf. Polizei und Gerichte, überzeugt von einer baldigen Legalisierung, duldeten das freizügige Paffen.

Das Resultat ist deutlich: Zwischen 1992 und 1997 sprang die Zahl der kiffenden Schweizer in allen Altersgruppen fast um die Hälfte nach oben.

Heute gilt Nulltoleranz

Zehn Jahre später ist diese Euphorie verraucht. Von Zürichs Strassen ist das Kiffen wie wegradiert. Wer heute auf dem Paradeplatz eine Hanffahne nach sich zieht, erntet erstaunte Blicke.

Mitverantwortlich ist die Politik. 2007 lehnten die eidgenössischen Räte eine Legalisierung endgültig ab.



Bild:ZVG

Ein Jahr später scheiterte die Hanfinitiative mit 63 Prozent Gegenstimmen an der Urne.

Die Jungen sind vernünftiger

Es ist nicht nur schwieriger geworden, gutes Marihuana zu kaufen. Auch die kulturelle Verklärung hat sich abgekühlt. Die Vorbildfiguren in heutigen Jugendpublikationen führen mit 20 eine eigene Galerie, haben in London studiert und bereits an mehreren Filmen mitgearbeitet. Ein paar Jahre zu verkiffen, wie in den 90ern üblich, liegt da nicht mehr drin.

Dieser Antitrend beeinflusst besonders die Jüngeren: Bei der nationalen Schülerbefragung 2002 gaben 45,9 Prozent aller 15-Jährigen an, mindestens einmal gekifft zu haben. 2010 sank die Zahl auf 35,7. Bei den Mädchen ging der Anteil von 36,9 auf 24,8 Prozent zurück. Auch die Konsumhäufigkeit nahm ab.

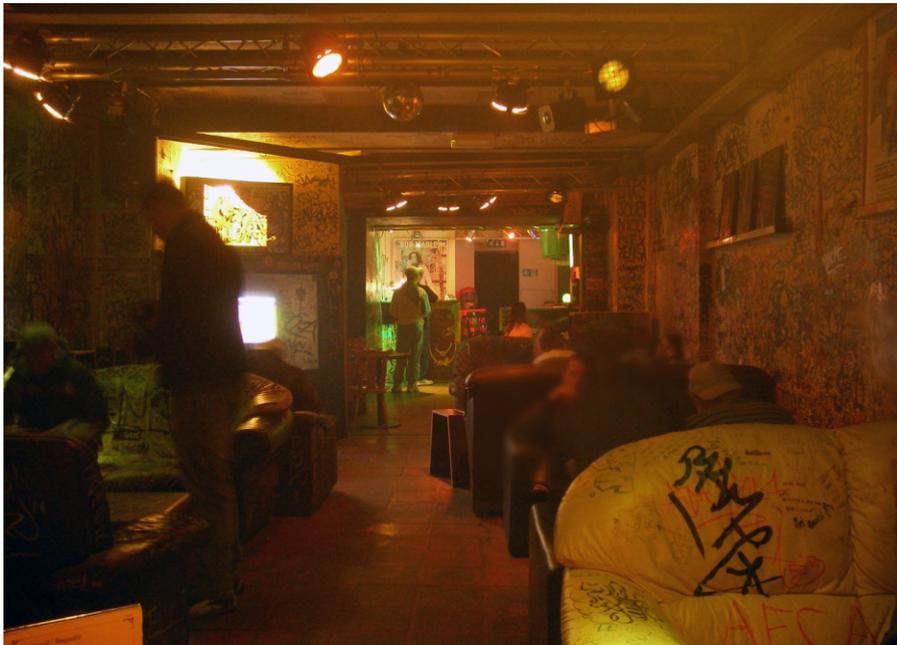
Kiffen hat seine Coolheit eingebüsst. Unter Jugendlichen gehört es nicht mehr zu den Dingen, die man zwingend erlebt haben muss. Als Grund können verschiedene Faktoren gesehen werden: bessere Präventionsarbeit an Schulen, das Rauchverbot, die schwierigere Erhältlichkeit. Und Kiffen wird nicht mehr so stark glorifiziert wie früher.

Dieser positive Trend ist auch auf die grosse, jahrelange Aufklärungsarbeit der vielen ehrenamtlich Tätigen der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen zurückzuführen. Auch die Mahnwachen, Proteste und Kundgebungen – z.B. an den UNO-Anti-Drogen-Tagen oder der Cannabis-Messe – haben ihre Wirkung gezeigt.

Auszüge aus «Der Absturz einer Droge» von B. Metzler, Tages-Anzeiger vom 28.1.2012

Wir wollen keinen Drogen-dealer-Staat!

JETZT



Ein Cannabis CoffeeShop im niederländischen Maastricht. Bild:ZVG

Winterthur will sich an einem Pilotprojekt beteiligen, bei dem Verkauf und Konsum von Cannabis für eine begrenzte Zeit erlaubt sein soll. Laut Bundesamt für Gesundheit habe dies wenig Chancen. Dagegen kämpft auch die Vereinigung Eltern gegen Drogen.

Eine sehr knappe Mehrheit des Grossen Gemeinderats in Winterthur beschloss im März, dass sich die Eulachstadt an einem Pilotprojekt, gemeinsam mit anderen Schweizer Städten wie Genf und Basel, beteiligen soll, sollte dies gesetzlich jemals umsetzbar sein. Der Handel und der Konsum von Cannabis wäre dann, laut ersten Plänen, während dreier Jahre legal. Dieser Versuch solle dann wissenschaftlich ausgewertet werden und unter anderem dazu dienen, Präventionen besser zu planen und zu beobachten, ob so der Schwarzmarkt ausgetrocknet werden könne. Laut der Aargauer Zeitung habe dieses Pilotprojekt aber kaum eine Chance. Wie das Bundesamt für Gesundheit gegenüber der AZ ausführte, untersage das Schweizer Betäubungsmittelgesetz den Anbau und die Abgabe von Marihuana ohne Wenn und Aber. Einzig

das Bundesamt für Gesundheit könne Ausnahmegewilligungen für die Forschung, die Arzneimittelentwicklung oder für medizinische Zwecke erteilen. Eine Absage aus Bern sei nur noch Formsache.

Der aktuelle Stand in Winterthur sei, so der Winterthurer Sozialvorsteher Nicolas Galladé, wie folgt: «Der Stadtrat muss innert 12 Monaten, also bis Ende Februar 2015, das Postulat des Gemeinderates beantworten, der sich mit dem Entscheid des Gemeinderates beschäftigt. Wir sind auf fachlicher Ebene daran, Grundlagen zuhanden des Stadtrats zu erarbeiten. Diese Frist werden wir einhalten.»

«Die Pläne sind verwerflich»

Strikt gegen diese Pläne ist die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen unter dem Präsidium von Sabina Geissbühler-Strupler aus Herrenschanen (Kanton Bern). Seit mehr als 20 Jahren setzt sich die politisch und konfessionell neutrale Vereinigung dafür ein, die Bevölkerung und die Politikerinnen und Politiker über Drogenfragen zu informieren und in die aktuelle Drogenpolitik ein-

zugreifen. «Daneben beraten wir betroffene Eltern, die uns – meist enttäuscht nach einer vom Staat finanzierten Drogenberatung – um Hilfe bitten. Wir sind die einzige Vereinigung, die viermal im Jahr eine Infobroschüre zu illegalen Drogen herausgibt. Diese ist ein wichtiger Beitrag zur Drogenprävention», so die Präsidentin.

Was halten Sie von der Idee, Cannabis als Pilotprojekt zu legalisieren?

Sabina Geissbühler-Strupler: «Da die Probleme im Zusammenhang mit dem Rauschgift Cannabis in der Schweiz einen Spitzenplatz einnehmen und immer jüngere Kinder betroffen sind, muss der Staat klare Signale setzen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass das Bundesamt für Gesundheit mehrere Millionen Franken für Antiraucherkampagnen ausgibt, die Aufklärung betreffend Kiffen aber nicht angeht. Dass einige Städte planen, den Cannabishandel zu steuern und damit finanzielle Gewinne einzustreichen, anstatt Aufklärungskampagnen über die erwiesenermassen negativen Auswirkungen des Rauschgifts Cannabis auf Körper und Psyche zu führen, ist verwerflich!»

Die Befürworter einer Legalisierung argumentieren, dass sowieso gekifft wird. Nur gibt es keinerlei Kontrollen darüber, wo es gekauft wird und wo und wie geraucht wird, sodass keine Präventionskampagne wirklich greifen kann. Das liesse sich durch die Legalisierung verhindern, man könne den Markt besser kontrollieren. Wäre dies nicht auch in Ihrem Interesse?

«Kennt man die neusten wissenschaftlichen Studien über die Auswirkungen des Cannabiskonsums, die Erfahrungen direkt Betroffener und diejenigen aus den staatlich kontrollierten Methadon- und Heroinabgabeprogrammen, hat der Staat nur eine Aufgabe: die Verfügbarkeit von Cannabis einzuschränken und über die grossen Gefahren des Kiffens aufzuklären. Es ist naiv zu glauben, dass der Schwarzmarkt unter die staatliche Kontrolle gestellt werden kann.»

Welche Nachwirkungen von Cannabis sind Ihnen besonders ein Dorn im Auge?

«Tatsächlich müsste zuallererst über die vielen negativen Auswirkungen des Cannabiskonsums auf die Psyche und den Körper gesprochen werden. Da die Wirkung des Rauschgiftes Tetrahydrocannabinol (THC), das sich in Cannabisprodukten befindet, individuell sehr unterschiedlich ist, kann Cannabiskonsum mit russischem Roulette verglichen werden. Was fast immer festzustellen ist: Kiffer verlieren ihre Motivation, eine Leistung zu vollbringen. Deshalb kommt es oft zu Lehrstellenabbrüchen oder Schulversagen. So lautet denn auch ein Ausspruch der Kiffer: «Alles geht an meinem Arsch vorbei.» Noch Stunden nach Abklingen des Rausches ist das Kurzzeitgedächtnis gestört, was das Lernen stark erschwert. Auch die Aufmerksamkeit, Konzentrations-, Koordinations- und Reaktionsfähigkeit der Betroffenen werden beeinträchtigt. Zum Beispiel konnten erfahrene Piloten 24 Stunden nach dem Rauchen einer Marihuanazigarette im Flugsimulator nicht mehr sicher landen.

Andere negative Folgen sind Persönlichkeitsveränderungen bis hin zu Psychosen sowie die enthemmende Wirkung, die zu Aggressionen und Gewalttaten führen kann. Sonst unauffällige Kinder und Jugendliche begehen Taten, die für sie selber in nüchternem Zustand nicht nachvollzieh-



Noch sind Cannabis-Clubs gemäss Bundesrecht verboten. Bild:ZVG

bar sind.»

Eines Ihrer Argumente ist auch, dass Kiffer zu härteren Drogen greifen. Ist dies nicht ein Klischee? Es gibt zahlreiche Kiffer, die kein Interesse an härteren Drogen zeigen.

«Cannabis ist ganz klar eine Einstiegsdroge. Es gibt kaum einen Heroin- oder Kokainsüchtigen, der nicht mit Kiffen angefangen hat. Das heisst aber nicht, dass alle Kiffer auch andere Suchtmittel konsumieren.»

Was fordern Sie nun konkret von der Schweizer Regierung?

«Die Schweizer Regierung sollte end-

lich die Fakten, die wir in unserer neuen Broschüre erwähnen, der ganzen Bevölkerung zugänglich machen. Gleichzeitig müssen die Falschinformationen, wie zum Beispiel die Re-pression habe versagt und ein kontrollierter Umgang mit illegalen Suchtmitteln sei möglich, gestoppt werden. Auch muss die Ablehnung der Cannabis-Liberalisierungs-Initiative von 2008 durch die Bevölkerung endlich respektiert werden. Wir wollen keinen Drogendealer-Staat!»

Bericht und Interview: Christian Saggese; Winterthurer Stadtanzeiger vom 12.8.2014.

Werden Sie Mitglied!

Als Mitglied erhalten Sie vierteljährlich das Informationsbulletin *Eltern gegen Drogen*, das Sie über aktuelle Themen auf dem Laufenden hält. Mit Ihrem Mitgliederbeitrag unterstützen Sie die Anliegen der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen.

- Einzelmitglied** (Jahresbeitrag Fr. 30.–)
- Ehepaar-Mitglied** (Jahresbeitrag Fr. 50.–)
- Gönner** (Beitrag nach freiem Ermessen)
- Ich will das Informationsbulletin *Eltern gegen Drogen* abonnieren. (Fr. 20.–; erscheint 4x im Jahr)
- Ich möchte die Vereinigung finanziell unterstützen. Bitte senden Sie mir einen Einzahlungsschein. (PC Konto 30-7945-2)

Name, Vorname

Adresse

PLZ / Ort

Datum / Unterschrift

Impressum

Herausgeberin:

Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen,
Postfach 8302, 3001 Bern
eltern_g_drogen@bluewin.ch
www.elterngegendrogen.ch

Spendenkonto:

PC 30-7945-2
Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Redaktionsteam:

Dr. med. Theodor Albrecht
Dr. rer. nat. Alexandra Nogawa
Sabina Geissbühler-Strupler

Layout und Korrektorat:

Optinovum GmbH, 3018 Bern

Druck:

Jordi AG, Aemmenmattstrasse 22, 3123 Belp, info@jordibelp.ch